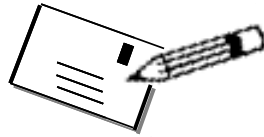


Öffentliche Petition

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1



Datum: 02.11.2007

11011 Berlin

Lesen Sie bitte vor Abgabe des Formulars die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen, um sich zu vergewissern, dass Ihr Anliegen als Gegenstand einer öffentlichen Petition zulässig ist. Sie können sich aber auch vom Sekretariat des Petitionsausschusses beraten lassen; die Kontaktadresse finden Sie am Ende dieses Formulars.

[zur Richtlinie](#)

Ja

Ich akzeptiere die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen und bin einverstanden, dass mein Name und meine Anschrift veröffentlicht werden.

Angaben zum Hauptpetenten

*Bitte machen Sie folgende Angaben zu der Person oder der Organisation, die die öffentliche Petition einreicht einschließlich einer Kontaktadresse, an die die Korrespondenz geschickt werden soll. Die mit *gekennzeichneten Felder müssen ausgefüllt werden, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.*

| | | |
|-------------------|---|--------------------------|
| *Anrede | <input type="text" value="Herr"/> | |
| *Name | <input type="text" value="NABU & WEED"/> | |
| *Vorname | <input type="text" value="Herr Leif Miller, NABU"/> | |
| Titel | <input type="text"/> | |
| Anschrift: | | |
| *Ort | <input type="text" value="Berlin"/> | |
| *PLZ | <input type="text" value="10117"/> | |
| *Straße | <input type="text" value="Charitéstr. 3"/> | |
| Land/Bundesland | <input type="text" value="Deutschland / Berlin"/> | |
| Telefon | <input type="text"/> | Fax <input type="text"/> |
| *E-Mail | <input type="text" value="Svane.Bender@NABU.de"/> | |

Wortlaut der öffentlichen Petition/Was möchten Sie mit Ihrer Petition konkret erreichen?

Beschreiben Sie in kurzer Form, welche Maßnahmen Sie vom Deutschen Bundestag erwarten. (Anliegen) Hierfür stehen Ihnen maximal ca. 5 Zeilen (500 Zeichen) zur Verfügung. (Begründung siehe nächstes Feld)

Der Deutsche Bundestag möge beschließen.....

...die von der Bundesregierung beschlossene Gewährung von Exportkreditgarantien für am Bau des türkischen Wasserkraftwerkes Ilisu beteiligte Unternehmen zu widerrufen.

Bitte geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Petition:

Hierfür stehen Ihnen maximal 30 Zeilen (3000 Zeichen) zur Verfügung.

Die Bundesregierung hat am 26. März 2007 beschlossen, Exportkreditgarantien für am Bau des türkischen Wasserkraftwerks Ilisu beteiligte Unternehmen zu gewähren. Der Bau des Staudamms hätte fatale Konsequenzen: Natur- und Umweltzerstörung, Massenumsiedlungen, potenzielle Wasserkonflikte mit den Anrainerstaaten sowie der Verlust der antiken Stadt Hasankeyf, die unter den Fluten des Staudamms für immer untergehen würde. Das Projekt entspricht in keiner Weise den ökologischen und sozialen Standards der Weltbank, zu deren Einhaltung die Bundesregierung sich verpflichtet hat, und den Empfehlungen der Weltstaudammkommission.

Die türkische Partnerorganisation von BirdLife International, Doga Dernegi, weist darauf hin, dass die Überflutung irreversible Schäden für die Artenvielfalt zur Folge hätte. Durch die Bauarbeiten werden wichtige Vogelschutzgebiete zerstört und die Flutung großer Flächen wird vielen Tierarten ihren natürlichen Lebensraum nehmen. Die Bestände von Habichtsadler und Gänsegeier, zahlreicher Fledermaus- und Fischarten sowie der vom Aussterben bedrohten Streifenhyäne und Euphrat-Weichschildkröte sind damit akut gefährdet. Eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung nach Weltbankstandards liegt jedoch nicht vor.

Aktuelle Entwicklungen vor Ort zeigen, dass die angeblich verbindlichen Auflagen für die Gewährung der Exportkreditgarantien von der türkischen Regierung ignoriert werden. So wurde mit der Enteignung von betroffenen Dörfern begonnen, ohne den Menschen eine angemessene Siedlungsalternative anzubieten. Die angebotene Geldentschädigung steht in keiner Relation zum Verlust der Lebensgrundlage und reicht nicht zum Aufbau einer neuen Existenz aus. Auch sind die Möglichkeiten der Betroffenen stark eingeschränkt, ihre Ansprüche vor Gericht einklagen zu können, da die Umsiedlung ohne eine den Auflagen entsprechende rechtliche Einbettung erfolgt. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit zugesagt, dass es im Falle der Nicht-Einhaltung der Auflagen durch die türkischen Behörden rechtlich möglich sein werde, die Bürgschaften zurückzuziehen, und dass sie diesen Schritt dann vollziehen werde.

Die antike Stadt Hasankeyf, die als eine der ältesten Siedlungen der Menschheit gilt, würde unter den Fluten für immer verloren gehen. Die vom Ilisu-Konsortium vorgeschlagene Abtragung der Stadt und ihr Wiederaufbau in einem Archäologiepark sind kaum durchführbar und können dieses einmalige historische Kulturdenkmal auch nicht annähernd ersetzen.

Nicht zuletzt drohen durch den Staudamm in einer ohnehin schon konfliktreichen Region weitere Spannungen, da der Wasserzufluss in die Nachbarländer reduziert werden kann. Da die türkische Regierung in der Projektplanung das Völkerrecht nicht eingehalten hat, steht auch die Völkerrechtskonformität der Bürgschaftsbewilligung in Frage.

Wenn Sie Anregungen für die Online-Diskussion geben wollen, können Sie dies in diesem Feld, z.B. durch Stichworte oder Fragen:

Hierfür stehen Ihnen maximal ca. 10 Zeilen (1000 Zeichen) zur Verfügung.

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) auf dem Postweg an die unten genannte Adresse.

Haben Sie das Formular vollständig ausgefüllt und wollen Sie, dass Ihre Petition nunmehr bearbeitet wird?

Dann bestätigen Sie dies durch Eingabe Ihres Namens und Vornamens:

Name:

Miller

Vorname:

Leif

Kontaktadresse für Rat und Hilfe beim Ausfüllen des Formulars:

DEUTSCHER BUNDESTAG
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 35257
E-Mail: e-petitionen@bundestag.de

Hinweis:

Das ausgefüllte Formular für die öffentliche Petition ist als **Anlage (Attachment)** zu einer **E-Mail** an **e-petitionen@bundestag.de** zu senden.
